Nr. 287 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 24. November 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Einzelgenpreise: Grundzeile, 82 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 91 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Beilagegebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.10, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2066

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Der Völkerbund

In der Völkerbundsversammlung stand am Montag ein Antrag von Lord Robert Cecil zur Beratung, dahingehend, daß sich der Völkerbundsrat unverzüglich mit der armenischen Frage befasse und der Völkerbundsversammlung Vorschläge unterbreite zur

Rettung der Reste des armenischen Volkes

Nach einem andern Antrage soll eine Spezialkommission zur Prüfung der armenischen Frage ernannt werden. Nachdem Branting-Schweden betont hatte, daß der Völkerbund die Mittel zur Lösung der armenischen Frage finden müsse, ergriff der Präsident des Völkerbundsrates Balfour-England zum erstenmal das Wort. Er setzte die Schwierigkeiten auseinander, die sich einer wirksamen Aktion in Armenien entgegenstellen, zumal bisher sich niemand gefunden habe, der das Mandat im Völkerbund für Armenien übernehmen wollte. Am geeignetsten hierfür seien immer noch die Vereinigten Staaten, die aber auf militärische und finanzielle Mitwirkung auch der andern Staaten rechnen müßten.

Viviani-Frankreich wandte sich gegen den Zusatzantrag auf Einsetzung einer Spezialkommission für die armenische Frage. Die Kommission dürfte kaum zu einem positiven Resultat kommen, nachdem der Völkerbundsrat selbst bisher nichts erreicht habe. Ein jeder müsse sich klar darüber sein,

daß die Völkerbundsversammlung keine Machtmittel habe und auch nicht über die notwendige Autorität verfüge, um die Durchführung ihrer Beschlüsse zu erzwingen.

Das sei nicht die Schuld Frankreichs, denn Frankreich habe seinerzeit im Versailles einen Völkerbund mit einer wirklichen internationalen Kraft schaffen wollen. Die Versammlung müsse vermeiden, daß sie sich der Lächerlichkeit vor der ganzen Welt aussetze. Die Verantwortung für eine Aktion in Armenien müsse dem Völkerbundsrat überlassen werden. Viviani stellte den Antrag, der Rat solle sich mit den Regierungen verständigen zu dem Zwecke, Verhandlungen einzuleiten, um den Feindseligkeiten in Armenien ein Ende zu setzen.

Für den Antrag Lord Cecils sprachen Nansen-Norwegen und Doherty-Canada, für den Antrag Viviani Jonescu-Rumänien. Cecil erklärte noch, die Hauptsache sei, daß die Völkerbundsversammlung etwas Positives tue, da sonst ihr Hauptziel, die Aufrechterhaltung des Friedens, von Anfang an als undurchführbar erkannt würde und

der Völkerbund Schiffbruch leiden könnte.

Viviani-Frankreich ersuchte Lord Cecil und die Antragsteller schließlich noch, sich dem französischen Vorschlag anzuschließen. Die Völkerbundsversammlung müsse den unverzüglichen Zusammentritt des Völkerbundsrates verlangen und einen Beschluß fassen, der von den Regierungen der Großmächte sofort ausgeführt werden könne. Lord Robert Cecil erklärte sich mit dem Vorschlag Vivianis einverstanden, gleichzeitig aber für eine Kommission, die Vorschläge ausgearbeiten hätte für den Fall, daß die Verhandlungen mit Kemal Pascha zu keinem Resultat führten. Balfour-England forderte gewisse Richtlinien für die Verhandlungen mit Kemal Pascha.

Schließlich wurden Cecils und Vivianis Anträge angenommen.

•

Umschwung in der Wiedergutmachungsfrage?

zg. Berlin, 23. November. (Eig. Drahtbericht.) Dem Berliner Vertreter der „Basler Nationalzeitung" wird an amtlicher Berliner Stelle versichert, daß bezüglich der Wiedergutmachungsfrage sich bei der Entente ein bemerkenswerter Umschwung vollzieht. Italien und England bereiten im Einverständnis mit Amerika vor, die gesamte Wiedergutmachungsfrage um drei bis vier Jahre hinauszuschieben, um währenddessen Deutschland Gelegenheit zum Wiederaufbau durch Lieferung von Rohstoffen und billigen Nahrungsmitteln zu geben.

•

Für die Aufnahme Deutschlands

⚔ **Paris, 23. November.** Der Genfer Korrespondent des „Erchange Telegr." erklärt, er habe eine Rundfrage an die Bevollmächtigten beim Völkerbund veranstaltet und festgestellt, daß 24 Staaten unter 30 der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde günstig gesinnt seien.

•

Der neue Raub

Dr. Eckener, der bekannte Zeppelinführer und alte Mitarbeiter des Grafen Zeppelin, äußert sich im „Schwäbischen Merkur" zur Beschlagnahme der Luftschiffe „Bodensee" und „Nordstern", die er als einen reinen Willkürakt und einen erneuten Raub bezeichnet. Er schreibt weiter:

„Aber noch fast größere Bedeutung als die Wegnahme der beiden Verkehrsluftschiffe hat die zweite Forderung der Entente note, wonach für weiter zerstörte Marine-Luftschiffe eine Entschädigung in bar oder in Ersatzbauten verlangt wird. Diese Forderung gibt dem auslandischen Luftschiffbau die Möglichkeit in die Hände, weiterhin für unabsehbare Zeit mit dem Fortschritt des deutschen Luftschiffbaues in allerengster Fühlung zu bleiben. Es ist klar, daß die Zeppelingesellschaft neue Ideen und Konstruktionen in ihrer Mappe hat, sozusagen Ergebnisse ihrer langjährigen und bisten Erfahrungen, die bei den Neubauten künftig Fleisch und Blut werden sollen und ihren Vorsprung im internationalen Wettbewerb für noch auf lange Jahre hinaus sichern. An diesen Ideen kann die Entente ohne weiteres teilnehmen, wenn sie Auslieferung von weiteren Schiffen nach dem Muster künftig die Werft von Friedrichshafen verlassender Schiffe verlangt, und das ist ohne Zweifel der Sinn der Forderung. Unter solchen Umständen ist es Pflicht unsrer Regierung, den heimischen Luftschiffbau dadurch zu schützen, daß sie möglichst schnell die Entente durch eine Abfindung befriedigt, die von ihr als angemessen anerkannt werden muß."

Wie wir übrigens soeben zuverlässig erfahren, wird von der Entente-Ueberwachungskommission außer der Forderung nach Ablieferung eines weiteren Luftschiffes eine weitere Forderung nach Ablieferung von sechs Flugzeugen erhoben.

•

Eine neue Vorstellung Frankreichs unterwegs

⊙ **Basel, 23. November.** (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris" erfährt, daß wegen mehrerer Angriffe auf die Mitglieder der französischen Missionen in Berlin und München eine neue Vorstellung Frankreichs nach Berlin unterwegs sei.

•

Ein Zwischenfall in Cuxhaven

Bei einer Besichtigung der Cuxhavener Kasernen durch Mitglieder der interalliierten Marineüberwachungskommission ist es, wie aus Cuxhaven gemeldet wird, zu gewissen Belästigungen der Mitglieder der Kommission gekommen. Einige der Offiziere wurden von den mit der Reinigung der Kasernen beschäftigten Soldaten mit Wasser bespritzt; ferner wurden die Glasscherben des Autos der Kommission, das gegen den ausdrücklichen Befehl in den Kasernenhof hineingefahren war, zerschlagen.

•

Neuer Mordanschlag in Oberschlesien

× **Breslau, 23. November.** Die „Schles. Volksztg." meldet aus Kattowitz: Am Sonnabend fand in Kalkino im Kreise Lublinitz eine von der Ortsgruppe heimatstreuer Oberschlesier veranstaltete Theateraufführung statt. Nach Schluß der Vorstellung wurde von polnischen Sokols, die sich auf der Straße herumtrieben, ein Schuß in den Saal abgegeben, durch den ein Mädchen verletzt wurde. Später wurde eine Handgranate in den Saal geschleudert, deren Splitter 15 Personen, zum Teil schwer, verletzten.

•

Gegen die Konsulatsstürmer in Breslau

× **Breslau, 23. November.** In dem Konsulatsstürmerprozesse wurden von den 21 Angeklagten fünf freigesprochen. Gegen die übrigen wurde wegen Landfriedensbruches und Plünderung auf Gefängnisstrafen von einem Jahr bis einen Monat erkannt.

Kundgebung gegen die Tschechen

jd. **Wien, 23. November.** (Eig. Drahtbericht.) Anläßlich der antideutschen Gewaltakten in Böhmen fanden gestern mittag große Studentendemonstrationen vor der Wiener tschechischen Gesandtschaft trotz eines großen Polizeiaufgebotes statt.

•

Eine Vermahnung an die Tschechen

Wie gemeldet wird, ist in Prager deutschen Kreisen die Nachricht verbreitet, daß die Vertreter der Ententeregierungen in Prag bei der tschechischslowakischen Regierung wegen der Vorfälle in Prag, Aich und Teplitz in freundschaftlicher Weise Vorstellungen erhoben haben.

•

Die Trauerfeier in Asch

Die Todesopfer der tschechischen Legionäre in Asch wurden unter gewaltigen Trauerkundgebungen der Bevölkerung bestattet. Die Leichen waren am Kaiser-Joseph-Denkmal aufgebahrt. Sämtliche Vereine, auch solche aus den sächsischen und bayrischen Grenzorten, und die ganze organisierte Arbeiterschaft geleiteten den Trauerzug zum Friedhof, wo Ansprachen gehalten wurden.

Lebensmittel aus Skandinavien

zg. **Berlin, 23. November.** (Eig. Drahtbericht.) **Zwischen dem Reiche und den skandinavischen Staaten sind Verhandlungen aufgenommen über die Lieferung von Lebensmitteln gegen langfristige Kredite.**

•

Deutschland und China

C. **Peking, 23. November.** (Eig. Drahtbericht.) Die Vertreter des Deutschen Reiches sind heute vom chinesischen Außenminister empfangen worden. Sie wurden vom holländischen Gesandten eingeführt. Die deutschen Diplomaten sind Ueberbringer von Vorschlägen für den Abschluß neuer Verträge zwischen Deutschland und China.

•

Unsre Beziehungen zu Moskau

zg. **Berlin, 23. November.** (Eig. Drahtbericht.) Der Berliner Bolschewistenvertreter Kopp begibt sich nächste Woche nach Moskau zurück, um dem Moskauer Rat der Volksbeauftragten Bericht über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur deutschen Regierung zu erstatten.

Die Offiziersmorde in Dublin

Zu der Reutermeldung über die Offiziersmorde in Dublin wird noch ergänzend gemeldet: Unter den getöteten Offizieren befinden sich ein Major, fünf Hauptleute, ein Hauptmann a. D. und ein Leutnant, unter den Verwundeten zwei Obersten, ein Hauptmann und ein Leutnant. Die Zahl der Personen, die die Sinnfeiner umgebracht haben, beträgt 12 bis 24. Zahlreiche Opfer befanden sich noch im Bette, als sie angegriffen wurden. Ein Hauptmann wurde in seinem Schlafzimmer in Gegenwart seiner Frau erschossen, nachdem er zuvor den Angreifer, der später gefangengenommen wurde, verwundet hatte.

Ueber die blutigen Vorgänge wird ferner noch berichtet: Am Sonntag nachmittag umringte die Polizei den Sportplatz für athletische Kämpfe und untersuchte die Menge nach Waffen. Die Polizei beschlagnahmte eine Anzahl Revolver. Ein Sinnfeinerposten beschoß die Polizei beim Herannahen. Die Polizei erwiderte das Feuer, tötete und verwundete eine Anzahl von Personen. Bei dem Gedränge wurden ein Mann und eine Frau getötet. Nach unbestätigten Gerüchten beträgt die Zahl der Opfer 10 Tote und 60 bis 70 Verwundete.

Handgemenge im englischen Unterhaus

△ **Amsterdam, 23. November.** (Eig. Drahtbericht.) Lloyd George gab gestern im Unterhause Erklärungen ab, daß die Regierung mit aller Schärfe gegen die irischen Aufrührer vorgehen werde. Als der irische Abg. Devlin zu sprechen versuchte, wurde er wiederholt von einem neben ihm stehenden Abgeordneten daran gehindert. Daraus ergab sich ein Handgemenge. Im Hause herrschte eine solche Erregung, daß der Präsident die Sitzung unterbrach. Das betreffende Mitglied entschuldigte sich schließlich bei Devlin und dem Hause, daß er sich von seinen Gefühlen habe fortreißen lassen. Devlin nahm die Entschuldigung an, und damit war der Zwischenfall beigelegt.

•

Amerikanisch-englische Mißstimmung

⊙ **London, 23. November.** (Eig. Drahtbericht.) „Daily Telegraph" erfährt aus Washington: Nach dem übermittelten Wortlaut der Note, die die amerikanische Regierung an die englische Regierung betr. die Ausbeutung der Naphthaquellen in Mesopotamien übermittelt hat, protestiert die amerikanische Regierung gegen jedes Geheimabkommen, das zwischen Mitgliedern der Entente über die Bewirtschaftung von Gebieten, die ehemals der Türkei gehörten, geschlossen wurde. Sie ist ein Anzeichen mehr dafür, daß sich der Konflikt zwischen der amerikanischen und der englischen Regierung verschärft.

Der Streit um Griechenland

In der griechischen Frage treten die Ereignisse in Griechenland selbst vor der Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England über die Lösung der griechischen Frage jetzt in den Hintergrund. Ueber diese Meinungsunterschiede wird folgendes gemeldet:

☞ Paris, 23. November. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Leygues wird erst am nächsten Sonnabend nach London reisen. Dafür wird Berthelot vom Quai d'Orsay schon am Donnerstag ins Foreign Office fahren. Um dem griechischen Parlament und der Entscheidung des gesamten griechischen Volkes zuvorzukommen, hat die französische Regierung inzwischen die englische Regierung zum dritten Male, und zwar diesmal in einer regelrechten Note, ersucht, sofort gemeinsame Schritte zu unternehmen, um die Rückkehr des Königs Konstantin gewaltsam zu verhindern. Lloyd George ist damit gezwungen worden, sich sofort dazu zu äußern. Man erwartet die Antwort der englischen Regierung schon am morgigen Mittwoch, also vor dem am Donnerstag geplanten Zusammentritt der griechischen Kammer. Wenn die gemeinsame Aktion dennoch zu spät kommen sollte, wird die französische Regierung in England darauf dringen, daß die neuen griechischen Verhältnisse nicht anerkannt werden. Als Druckmittel ist die finanzielle Blockade in Aussicht genommen.

Die englische Regierung dürfte sich dieser Erpresserpolitik wohl kaum anschließen, sie verhandelt bereits, und zwar mit dem König Konstantin sowohl wie mit dem griechischen Ministerpräsidenten Rhallis. Sie macht aus der Frage der Wiederherstellung des Königtums eine reine Personenfrage. Konstantin soll veranlaßt werden, zugunsten des Kronprinzen zu verzichten, damit durch beiderseitiges Entgegenkommen, seitens der Entente wie seitens Griechenlands, eine beide Teile befriedigende Lösung ermöglicht werde.

Die „Basler Nachrichten" wissen auch bereits zu melden, daß der ehemalige Kronprinz Georg aus der Schweiz nach Griechenland abgereist sei. Der griechische Ministerpräsident Rhallis aber erklärte dem Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera", es sei gewiß, daß König Konstantin zurückkehren werde. Die venizelistische Leibgarde wurde aufgelöst. Der Generalsynod hat die Wiedereinführung der Namen der Mitglieder der Königsfamilie in die Gebete angeordnet. Der Befehlshaber der griechischen Truppen in Asien fordert in einem Tagesbefehl zum Gehorsam gegen die neue Regierung auf. In den Gefängnissen dauert die Entlassung der politischen Gefangenen an. Alle von Venizelos entlassenen Offiziere traten sofort wieder in die Armee ein. Auf Korfu hat die Bevölkerung die venizelistischen Behörden bereits abgesetzt. Die Regierung wird eine Liste der ausländischen Journalisten veröffentlichen, die von Venizelos mit Geld unterstützt wurden. Venizelos ist Sonntag nachmittag mit seinem Sohne und mit seinem Sekretär sowie einigen Mitgliedern seines Kabinetts und andern Parteigängern in Messina eingetroffen.

Weiter meldet Havas noch aus Smyrna: Bei der griechischen Garnison herrscht lebhafte Aufregung. Sie verlangt ihre Entlassung. Die Verfassung der Truppen wird von Tag zu Tag beunruhigender. Zahlreiche blutige Zusammenstöße zwischen Anhängern von Venizelos und Konstantin haben stattgefunden. Die Soldaten verlassen eigenmächtig die Truppe, ohne daß die Vorgesetzten sich widersetzen.

Die Folgen dieser Verwirrnisse im griechischen Heere machen sich schon bemerkbar in dem erzwungenen Abzug der Griechen aus Smyrna:

☞ Zürich, 23. November. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Secolo" meldet aus Konstantinopel: Smyrna ist wieder von den Türken besetzt. Die griechische Garnison hat das Gebiet von Smyrna verlassen.**

Ob freilich die Türken dies werden als dauernden Zustand buchen können, steht noch sehr in Frage angesichts der bisherigen Haltung der Entente.

Bolschewistische Schlappe vor Batum?

☞ Basel, 23. November. (Eig. Drahtbericht.) **Reuter meldet aus Baku: Die Bolschewisten sind vor Batum vernichtend geschlagen worden. Vier Divisionen wurden vernichtet und auseinander. Batum ist im Besitz der georgianischen Regierung.**

Aus Korfantys Festungssturm

Von unserm oberschlesischen Mitarbeiter

Beuthen, 22. November

Wojciech Korfanty, der oberste Leiter der polnischen Propaganda, dem ungezählte Millionen für seine Wühlarbeit zur Verfügung stehen, hat einen Festungssturm. Was nicht bildlich, sondern wörtlich zu verstehen ist. Sein „Großes Hauptquartier" in Beuthen, das soeben im Zusammenhang mit einem furchtbaren politischen Morde genannt wird, das Hotel Lomnitz, schien ihm in seinem Größenwahn nicht sicher genug zu sein. Dieses Hotel, das einst den Namen eines preußischen Prinzen trug, ist heute geradezu eine Sehenswürdigkeit geworden, die ihresgleichen sucht. Obwohl es an der Beuthener Hauptgeschäftsstraße liegt, sind die Fenster vom Dachstuhl herunter bis zum Erdgeschoß mit dicken Stahlplatten versehen, und die Beuthener Baupolizei war gegen diese Verschandelung des Straßenbildes keinen Einspruch zu erheben, weil eben Korfanty der Schutzbefohlene der französischen Machthaber ist. Damit nicht genug: das Haus wird gekrönt von einem regelrechten Panzerturm, was wiederum kein Scherz ist. Selbst die Zwischen- und Verbindungstüren innerhalb des Hauses weisen starke Stahlplatten auf und ebenso findet sich eine Menge von Schießscharten. Auf dem Hofe sind Stände für Maschinengewehre sichtbar. Und weil im Frühjahr dieses Jahres einige unbesonnene Elemente einen „Ansturm" gegen das Hotel unternahmen, der von den Polen mit einer gründlichen Schießerei beantwortet wurde, spricht Korfanty seitdem von zwei uneroberten Festungen der Welt: Belfort und Lomnitz ...

Daß man von dieser „Festung" aus nicht nur politische Leidenschaften aufwühlt und leitet, sondern auch zu niedrigeren Tagen übergeht, zeigt die am Sonnabend erfolgte Ermordung des ehemaligen Spionagechefs Korfantys namens Theophil Kupka, der einst der Vertraute des polnischen Diktators war. Als ihm die Schlachtschitzenwirtschaft der Warschauer Herren und ihres galizischen Anhanges nicht mehr paßte, gründete er einen Bund der polnischen Abstimmungsbeamten, der sich gegen Korfanty wandte. In mehreren Flugblättern beleuchtete Kupka die schändliche Wirtschaft der Warschauer Despoten in Oberschlesien und er gründete in den letzten Wochen auch eine eigene Zeitung, „Wola Ludu" (Der Wille des Volkes). Da er zugleich auch mit allen Geheimplänen Korfantys aufs intimste vertraut war, begann eine maßlose polnische Hetze gegen diesen Mann. Drohbriefe überstürzten sich und die Krönung fand diese Hetze durch die Ermordung in der eigenen Wohnung durch vier mit Revolvern bewaffnete, vermummte Gestalten. Eine Tat, die am Sonntag eine ungeheure Erregung in ganz Oberschlesien ausgelöst hat ...

Den „Sieg" Korfantys im Mai dieses Jahres feierte er damals mit einem jener Schlachtschützen-Festgelage, die der ermordete Kupka so grell beleuchtet hatte und an denen mit Vorliebe bis zu den frühen Morgenstunden auch französische Offiziere teilnahmen. Seitdem hat sich das „Geschäft" Korfantys wesentlich vergrößert. Er hat zwei weitere Hotels in Beuthen, „Reichshof" und „Schlesischer Hof", erworben und gewissermaßen zu Forts ausgebaut. Korfanty, der eben erst Warschauer Journalisten erklärte, er sei mit der Lage in Oberschlesien sehr zufrieden, baut unter dem Schutze der französischen Machthaber seinen Apparat ständig aus. Der Angst-Aufstand brachte ihm die Polonisierung der Abstimmungspolizei. Die Polen sind auch hier sicher, daß sie ihren Willen durchsetzen, und sie genieren sich nicht, ohne Rücksicht auf die Entente, so zu disponieren, als ob sie restlos die Herren des Landes wären. Das „Polizeibureau" Korfantys erließ im Stile einer amtlichen Bekanntmachung eine Anzeige, in der Beamte gesucht werden für den Polizeidienst als Ersatz für die deutsch lang gedienten Polizeibeamten der blauen Polizei, die ihrerseits der Ausweisung verfallen sollen. Das geschieht über den Kopf der deutschen Behörden hinweg und mit stillschweigender schmunzelnder Billigung der Franzosen.

Nicht minder unbequem ist der Propaganda Korfantys, daß es immer noch Grenzbeamte gibt, die in alter Pflichttreue ihren Dienst an der Grenze versehen, ohne Rücksicht auf heimtückische Kugeln, die fest wie Brombeeren sind. Also: Hinweg auch mit diesen Beamten! lautet die Parole. Und sofort wurde in einer Reihe von Versammlungen eine Entschließung angenommen, in der es nach der „Gazeta Opolska" heißt: „Wir bitten um die Auflösung der Gendarmerie und der Kollämter und um die Neuorganisation dieser Institutionen auf paritätischer Grundlage. Die Beamten, die nicht Oberschlesier von Geburt sind, sollen ausgewiesen werden." Zu den gefährlichen Institutionen im Sinne Korfantys gehört weiter die gut disziplinierte Feuerwehr. In seinem Amtsblatte, dem „Orabownik", ließ Korfanty erklären: ... Für die gegenwärtige Zeit und nächste Zukunft ist das zu wenig, man muß an die Schaffung neuer Stützpunkte des organisierten bürgerlichen Lebens der Polen denken. Man muß an die Gründung neuer Vereinigungen denken, welche zur Vermehrung der moralischen und organisatorischen Kraft unsres Volkes im oberschlesischen Abstimmungsgebiet beitragen können. Wir haben hier die Feuerwehren im Auge, die nach Möglichkeit polonisiert werden müssen."

Schließlich denkt Korfanty auch an die Zukunft, wie er sie versteht. Für ihn ist es ausgemacht, daß Oberschlesien zu Polen fällt — wenigstens tut er so, um zu blutfen. Und so erließ er kürzlich eine Aufforderung an alle diejenigen industriellen Beamten, die in Oberschlesien bleiben wollen, wenn das Land zu Polen fällt. Sie alle sollten ihm, dem größenwahnsinnigen polnischen Diktator, eine Erklärung über ihre Zukunftsabsichten zugehen lassen, da er doch Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens treffen müsse für den Fall, daß ... Nun, Korfanty hat ein kümmerliches Fiasko erlebt. Seine Aufforderung hat durch eine allgemeine Heiterkeit eine unrühmliche Erledigung gefunden!

Bei alledem muß man sich täglich erneut fragen: Was sagt dazu die interalliierte Kommission? Was wird sie jetzt zu dem polnischen politischen Mord sagen, der nur möglich war dadurch, daß man das Gesindel immer noch nicht entwaffnete, und dadurch, daß die Grenzen nach wie vor offen dalagen?

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201124/1